Martin Dallinger Scafe Sandy‰ E-Werkstrasse 5 4840 Vöcklabruck

An das Bundesministerium für Gesundheit, an das Bundesministerium für Finanzen und an die Präsidentin des Nationalrates leg.tavi@bmg.gv.at e-recht@bmf.gv.at begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at

Vöcklabruck, 7.5.2015

Betrifft: Geplantes Rauchverbot in der Gastronomie

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das geplante generelle Rauchverbot in der Gastronomie stellt für viele Selbständige und deren Beschäftigte die Existenzfrage.

Dieses geplante Verbot zielt m.E. nach vollkommen and der Realität vorbei! Viele kleine Cafes, Pubs, Bars, Gasthäuser, vor allem im ländlichen Bereich, sind sehr stark von der rauchenden Kundschaft abhängig.

Ganz abgesehen davon, dass dieses Verbot sich in PRIVATE Lebensbereiche einmischt, denn die betroffenen Lokale sind allesamt NICHT öffentlich, sondern in PRIVATEIGENTUM! Es kann sich jeder Mensch entscheiden, ob er ein Nichtraucher- oder Raucherlokal betritt, es wird niemand gezwungen, in ein Raucherlokal zu gehen, im Gegensatz zu öffentlichen Bereichen wie Ämtern, Schulen, Krankenhäusern, uswõ

Das Argument des Schutzes der Beschäftigten trifft, wie in meinem Fall, sicher auch des öfteren ganz und gar nicht zu, denn ich betreibe mein Lokal VOLLSTGÄNDIG ALLEINE, habe kein Servicepersonal, ja nicht mal eine Putzfrau. Ich bin übrigens selbst NICHTRAUCHER, könnte jedoch ohne mein rauchendes Stammpublikum nicht überleben, da diese 98% meines Umsatzes ausmachen (mein Lokal liegt NICHT in einer Tourismuszone, es gibt hier einzig und allein Stammgäste aus der nahen Umgebung).

Ich würde gerne jeden Einzelnen von Ihnen einladen, nur 1 Woche lang den Job in der Gastromie mit 16-18 Stunden /Tag OHNE Wochenenden und OHNE Urlaub zu versuchen, ich bin mir sicher, dass Sie dann nicht mehr so leichtfertig mit Existenzen einer hart arbeitenden Bevölkerungsschicht umgehen!

Ich ersuche Sie daher, Ihr Vorhaben nochmals zu überdenken und verbleibe

mit freundlichen Grüßen Martin Dallinger

Ich bin mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Parlamentsseite einverstanden.